

REZENSIONEN

Sophie Jacquot

Transformations in EU Gender Equality. From Emergence to Dismantling

PETRA AHRENS

Ob es eine Zukunft der Europäischen Union gibt und wie diese aussehen sollte, erscheint angesichts viel beschworener Krisen umkämpft wie lange nicht mehr. Dies ist eine Entwicklung, die sich in der EU-Geschlechtergleichstellungspolitik schon seit geraumer Zeit abzeichnet, so jedenfalls die etwas desillusioniert wirkende Beurteilung von *Sophie Jacquot* in ihrer Monographie *Transformations in EU Gender Equality*. Dem Ziel des Buches, der Entwicklung, Institutionalisierung und Veränderung europäischer Gleichstellungspolitik seit Gründung der EU in einem sich ständig wandelnden Kontext nachzuspüren, nähert sich Jacquot aus historisch-vergleichender Perspektive. Damit steht sie in der Tradition jener neueren soziologischen Europaforschung, die die Rolle, Aktionen und Präferenzen von politischen Akteur*innen in den Mittelpunkt stellt. Methodisch verfolgt sie einen qualitativen Ansatz, der drei unterschiedliche Quellen in der Analyse verbindet: Dokumente aus dem Politikprozess, Expert*inneninterviews aus den Zeiträumen 2002 bis 2003 und 2012 bis 2013 und Finanzdaten des europäischen Etats von 1974 bis 2012.

Umrahmt von Einleitung und Fazit wird in vier Kapiteln die Geschichte europäischer Gleichstellungspolitik detailreich und gut systematisiert anhand von zeitlichen Periodisierungen nachgezeichnet. Dabei sind die Ergebnisse in den Kapiteln – mit Ausnahme des dritten – jeweils eingeteilt in die drei Abschnitte Politikinstrumente (legislative sowie ökonomische), zentrale Akteur*innen und kognitive Logiken der Politikinhalt. In dieser eingängigen Systematisierung liegt eine Stärke des Buches. Die Aufstellungen zum Budget, die Kontextualisierung im breiteren EU-Umfeld und insbesondere der Bezug auf das Selbstverständnis der zuständigen Akteur*innen lassen erkennen, wie das Politikfeld sich in den drei Perioden transformierte von „equality within the market“ zu „equality for the market“ und schließlich zu „equality despite the market“ (168).

Das dritte Kapitel bietet einen vertiefenden Blick auf die Politikstrategie Gender Mainstreaming und fragt danach, wie sich diese auf die Transformation der EU-Gleichstellungspolitik und insbesondere die Rolle supranationaler feministischer Akteur*innen ausgewirkt hat. Gerade diese Perspektive, die nicht die Lücke zwischen Theorie und Praxis, sondern jene zwischen Wollen und Können in der

Umsetzung herausarbeitet, trägt zu einem besseren Verständnis der Gender Mainstreaming-Implementierung auf supranationaler Ebene bei.

Wertvoll ist das Buch auch, weil es sich mit der Politik der letzten Dekade auseinandersetzt, also mit einem Zeitraum, der hinsichtlich der Politik in und zwischen den EU-Institutionen bisher noch weitgehend eine Forschungslücke darstellt. Jacquot zeigt damit zudem, wie sich die Verlegung der Zuständigkeit für Gleichstellung von der Generaldirektion Beschäftigung zur Generaldirektion Justiz auswirkte. Pointiert beschreibt Jacquot hier, wie sich die Akteur*innen gewandelt haben – von Feminist*innen, die sich auf den Weg in und durch die EU-Institutionen machten, hin zu fachpolitischen Beamt*innen.

Noch besser verständlich wären allerdings viele Interpretationen, wenn Jacquot stärkere Bezüge zu Sekundärliteratur hergestellt hätte. Damit wäre es umfassender gelungen, die wiederkehrenden Höhen und Tiefen dieses Politikfeldes seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft deutlicher aufzeigen, denn bereits in den 1980er-Jahren wurde das Ende der supranationalen Gleichstellungspolitik postuliert. Damals orientierte sich die Einschätzung jedoch stärker am Wandel mitgliedstaatlicher Politik und weniger an der supranationalen Ebene selbst. Ein solcher Blick auf die Rolle der einzelnen Mitgliedsstaaten bei der aktuellen Entwicklung und deren konkrete Einmischung bleibt bei Jacquot leider weitgehend unbeleuchtet. So erscheinen die negativen Transformationen manchmal wie durch eine ‚unsichtbare Macht‘ heraufbeschworen und die Positionen der überwiegend konservativen Regierungen, die ein entsprechendes Verständnis von Gleichstellung postulieren, finden keinen Widerhall in der Analyse der jüngsten Entwicklungen.

Trotz des offen gebliebenen Bedarfs nach noch mehr Details ist das Buch insgesamt sowohl für Forscher*innen als auch für Praktiker*innen, die sich bereits mit supranationaler Gleichstellungspolitik befasst haben, ein außerordentlich informatives, fundiertes und ohne Einschränkung empfehlenswertes Buch, das zentrale Lücken in der Geschichte der EU-Gleichstellungspolitik schließt.

Sophie Jacquot, 2015: *Transformations in EU Gender Equality. From Emergence to Dismantling*. Basingstoke: Palgrave Macmillan. 210 S., ISBN 978-1-137-43656-6.

Laura Block

Policy Frames on Spousal Migration in Germany. Regulating Membership, Regulating the Family

KATHARINA SCHOENES

Seit der Beschränkung der Arbeitsmigration in den 1970er-Jahren spielen Familien- und heiratsbezogene Migrationsformen in Europa zahlenmäßig eine herausragende Rolle. Die Bedingungen, unter denen Familienangehörige aus Drittstaaten in Deutschland und anderen europäischen Ländern ein Aufenthaltsrecht beanspruchen können, wurden in der jüngeren Vergangenheit mehrfach verändert und verschärft. Jedoch gibt es bisher kaum sozialwissenschaftliche Forschungen, die in den Blick nehmen, wie sich die Gesetzgebung in diesem Feld entwickelt hat und von welchen politischen Auseinandersetzungen die Gesetzesänderungen begleitet wurden. Mit der Publikation *Policy Frames on Spousal Migration in Germany*, die auf einer 2012 eingereichten Dissertation basiert, unternimmt *Laura Block* einen ersten Schritt, um diese Forschungslücke zu schließen.

Hierzu analysiert sie, wie das Thema Familiennachzug zwischen 2005 und 2010 in der Bundesrepublik in der politischen Debatte diskutiert wurde. Der Fokus liegt auf der Einführung eines Sprachzertifikats als Voraussetzung für den Familiennachzug im Jahr 2007. Mit wenigen Ausnahmen müssen nachziehende Ehepartner_innen seit der Reform des Zuwanderungsgesetzes Deutschkenntnisse auf A1-Niveau nachweisen, wenn sie ein Visum zum Familiennachzug beantragen möchten. Diese restriktive Wende in der Familienmigrationspolitik hält Block für erklärungsbedürftig. Bezugnehmend auf die politikwissenschaftliche „liberal constraints“-Theorie, die davon ausgeht, dass liberal-demokratisch verfasste Staaten subjektive Rechte – auch die von Migrant_innen – nicht beliebig einschränken können, ohne ihr Selbstverständnis in Frage zu stellen, wirft sie die zentrale Frage auf: „How do liberal democratic states manage to restrict migration *in spite of* liberal constraints?“ (33)

Bevor Block sich der Analyse ihres umfangreichen empirischen Materials zuwendet, ordnet sie die Gesetzesnovellierung von 2007 zunächst in die Geschichte der Familienmigration in der Bundesrepublik ein und zeichnet nach, wie der Familiennachzug in den 2000er-Jahren nach und nach in den Fokus politischer Regulierung rückte. Darüber hinaus beleuchtet sie Entwicklungen auf der europäischen Ebene: Während die europäischen Gerichtshöfe die Rechte transnationaler Paare in der Tendenz expansiv auslegen, lässt sich in vielen europäischen Ländern auf der nationalen Ebene ein Trend zu restriktiveren Regelungen ausmachen, so ihre Diagnose.

Anschließend untersucht Block, wie die restriktive Neuregelung des Familiennachzugs 2007 in der politischen Debatte legitimiert wurde. Basierend auf einer Analyse von Plenarprotokollen des deutschen Bundestags, Interviews mit Bundestagsabgeordneten und Mitarbeiter_innen von Ministerien auf Bundes- und Länderebene

arbeitet sie heraus, dass insbesondere Vertreter_innen der CDU/CSU die Heiratsmigration diskursiv mit „Integrationsproblemen“, „Parallelgesellschaften“ und der Unterdrückung von Frauen durch Zwangsehen in Verbindung brachten. Das Erlernen der deutschen Sprache präsentierten dieselben Akteur_innen als sinnvolle Maßnahme zur Bekämpfung all dieser Probleme: Wer bereits zum Zeitpunkt der Einreise über Deutschkenntnisse verfüge, könne – so die Annahme – sofort am Leben in Deutschland teilnehmen; außerdem würden Kenntnisse der deutschen Sprache „unterdrückte“ migrantische Frauen befähigen, sich Hilfe bei deutschen Beratungsstellen zu suchen. Die dahinter liegende diskursive Strategie analysiert Block wie folgt: „By presenting the lack of language skills as a major reason inhibiting both integration and the possibility of escaping forced marriages, the language requirement can gain the status of a welcome legal instrument helping oppressed (Muslim) women and creating incentives for individuals unwilling to integrate instead of a restrictive barrier infringing on the human right to marriage and family in a discriminatory fashion, as the opposition in turn tends to frame it. (...) Put differently, restricting individual rights in one field can be justified with the goal of protecting them in another.“ (259)

Blocks Untersuchung gibt eine umfassende Einführung in die Regulierung des Familiennachzugs in Deutschland und der EU. Die gut belegte Dokumentation der Auseinandersetzungen, die die restriktive Wende in der Familienmigrationspolitik 2005-2010 begleiteten, zeigt eindrücklich, wie umkämpft diese war. An einigen Stellen bleibt Blocks Analyse allerdings zu deskriptiv. So wäre es interessant gewesen, die Diskussionen über ‚Parallelgesellschaften‘ und deren Assoziierung mit dem Islam stärker in der defizitorientierten und in weiten Teilen rassistisch geführten Integrationsdebatte zu verorten, die nicht auf das Thema Familiennachzug beschränkt war. Ähnlich verhält es sich mit der Konstruktion migrantischer Frauen als Opfer von Zwangsheirat, die ‚gerettet‘ werden müssen. Hier hätte Block auf die lange Tradition dieses Narrativs in kolonialen Diskursen verweisen können. Solche Bezüge deutet sie bestenfalls an, da es ihr in erster Linie um eine Analyse von Policy Frames geht und nicht um dahinter stehende gesellschaftliche Dynamiken.

Laura Block, 2016: *Policy Frames on Spousal Migration in Germany. Regulating Membership, Regulating the Family*. Wiesbaden: Springer VS. 349 S., ISBN: 978-3-658-13295-8.

Jin Haritaworn

Queer Lovers and Hateful Others. Regenerating Violent Times and Places

GUNDULA LUDWIG

Queer-theoretische Gegenwartsdiagnosen der letzten Jahre vereint der Befund, dass sexuelle Politiken, die im Namen von Toleranz und individueller Freiheit manche Formen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen normalisieren, neokoloniale und rassistisierende Logiken fortschreiben. Im gleichen Zeitraum entwickelte sich in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung das Thema Gentrifizierung in den Städten des globalen Nordens zu einem wichtigen Forschungsfeld. *Jin Haritaworn* verbindet diese beiden Forschungsstränge und geht am Beispiel von Berlin der Frage nach, wie homonormative und homonationale sexuelle Politiken mit Veränderungen von Stadtteilen einhergehen und wie dabei rassistisierende und koloniale Machtdynamiken reaktiviert werden.

Bereits mit der Auswahl der Methode schlägt Haritaworn einen Weg ein, der den Anspruch kritischer Forschung ernst nimmt: Als Material dienen mediale Diskurse, Policy-Texte und Texte von LGBT-NGOs zu rezenten sexuellen Politiken sowie zu den Themen Hasskriminalität und Hassgewalt. Diese diskutiert Haritaworn gemeinsam mit 15 queers of colour und queeren Migrant_innen im Rahmen von Kitchen-Table-Gesprächen. Die Gesprächsteilnehmer_innen sind für Haritaworn „geographic subjects“, „whose cognitive maps tell stories that are meaningful“ (3), der „kitchen table“, „a product of transnational, trans-temporal and trans-diasporic travels“ (19). Mit dieser Vorgangsweise setzt Haritaworn eine Tradition Schwarzer (queer-)feministischer Arbeiten fort, in der die Trennung zwischen akademischem und nicht-akademischem Wissen zurückgewiesen und aktivistisches Wissen als bedeutungsvoll anerkannt wird.

Mit dem Begriff „queer regenerations“ (3) beschreibt Haritaworn die grundlegende Dynamik rezenter Gentrifizierungsprozesse in Berlin, in der die Regeneration mancher queerer Subjekte sowie mancher ehemals als ‚gefährlich‘ oder ‚problematisch‘ geltender Stadtteile durch rassistisierende und neokoloniale Othering-Prozesse ermöglicht wird: „In the neoliberal city, older colonial notions of degenerate populations that fail to cultivate space and remain themselves uncultivable are remapped onto queerly regenerating spaces, whose recovery demands the expulsion of poor racialised bodies.“ (32)

Haritaworn fokussiert die Stadtteile Kreuzberg, Neukölln und Schöneberg und zeigt, dass diese trotz ihrer Unterschiedlichkeit im Hinblick auf sexuelle Politiken in der queeren Gentrifizierungsdynamik zusammenwirken: Die „moral panic“, dass rassistisierte Andere zur Gefahr für queere Wohnbezirke werden könnten, nahm ihren Ausgang zwar im „gaybourhood“ Schöneberg (53), spitzte sich allerdings erst in den Be-

zirken Kreuzberg und Neukölln zu, ehe sie nach Schöneberg zurückkehrte, „where it eventually became institutionalised as part of the neoliberal, revanchist city“ (ebd.). Schöneberg als „gaybourhood“ konnte erst zu einem schützenswerten Stadtteil werden, nachdem die Gegenüberstellung von schützenswerten *weißen* queeren Lovers und bedrohlichen rassistierten „hateful Others“ im „mixed‘ neighbourhood“ Kreuzberg und im „ghetto“ Neukölln (ebd.) Fuß gefasst hatte. Damit konnte sich in Schöneberg eine Koalition zwischen der Stadtregierung und LGBT-NGOs wie dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) und MANEO – Das schwule Anti-Gewalt Projekt in Berlin etablieren: Diese griff in Plakatkampagnen und bei kiss-ins an sogenannten Problemorten den Diskurs von homophoben rassistierten Anderen auf, gegen die es sich und den Bezirk mit Hilfe von Stadt, Staat und Polizei zu schützen gilt.

In den Kitchen-Table-Gesprächen wird deutlich, dass „gentrification and touristification“ (72) nicht nur drastische Mietsteigerungen mit sich bringen und auf der Verdrängung von armen, migrantischen und rassistierten Bewohner_innen beruhen, sondern dass diese Prozesse auch zu einer Gleichsetzung von queer und *weiß* führen. Dadurch werden queers of colour verstärkt Verletzbarkeiten und Gewalt ausgesetzt, während Räume von queers of colour verdrängt werden. All diese Elemente identifiziert Haritaworn als Fortsetzung einer kolonialen Logik, was eine Kitchen-Table-Gesprächspartnerin als „white entitlement“ (75) beschreibt. Denn die Neuankommenden „just imagine that this is a land full of empty flats that cost little, and that’s exactly the imaginary that underlies colonial projects“ (ebd.).

Haritaworn löst das Vorhaben ein, nachzuweisen, dass Gentrifizierung nicht nur als Effekt des Neoliberalismus und mithin als Problem politischer Ökonomie zu analysieren ist, sondern ebenso als Fortführung von Rassismus und Neokolonialismus. Folglich ist Gentrifizierung auch als Körper- und Biopolitik zu begreifen, die mittels rassasierender und kolonialisierender Machtformen manche Körper und Subjekte in manchen Stadtteilen als schützenswert definiert, indem sie andere zu Bedrohung und Gefahr werden lässt. Indem das Buch zeigt, dass queere Menschen mit race- und Klassenprivilegien durchaus aktiv an Prozessen der Gentrifizierung teilnehmen und diese vorantreiben, bringt es zudem die Gegenüberstellung von „assimilationist‘ gay gentrifiers (...) and queer victims of gentrification“ (58) ins Wanken. Im Lichte dieser Gegenwartsdiagnose lädt das Buch auch ein, darüber nachzudenken, wie queere Politiken aussehen könnten, wenn „safety is not won by bolstering regimes of exploitation and neglect“ (141). Dass Haritaworn zu diesen Ergebnissen nicht zuletzt durch kollektive Auseinandersetzungen an Kitchen Tables gelangt und das Buch auf diese Weise in sich selbst ein Plädoyer für andere Formen der Wissensproduktion auch in akademischen Kontexten ist, unterstreicht seine Bedeutung.

Jin Haritaworn, 2015: *Queer Lovers and Hateful Others. Regenerating Violent Times and Places*. London: PlutoPress. 203 S., ISBN 978-0-7453-3061-7.

Frigga Haug, Ruth May (Hg.)

DAS ARGUMENT 314. Wege des Marxismus-Feminismus

MARLENE RADL

Die feministische Auseinandersetzung mit dem Marxismus führte spätestens seit den 1970er-Jahren zu aufschlussreichen und dementsprechend prominenten Debatten innerhalb feministischer Gesellschaftskritik. Wie es allerdings um die Zukunft des Marxismus-Feminismus bestellt ist, scheint weitgehend ungewiss. Der internationale Kongress „Die Kraft der Kritik: Wege des Marxismus-Feminismus“, der im März 2015 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin stattfand, galt als Wiederbelebungsversuch marxistisch-feministischer Theorie. Die Doppelausgabe der Zeitschrift *Das Argument* mit dem Titel *Wege des Marxismus-Feminismus* reflektiert diesen Versuch und setzt neue Impulse. Ähnlich groß wie der 323 Seiten starke Umfang der Publikation wirkt dabei der Anspruch der Herausgeberinnen. „Der vorliegende Band dokumentiert den Neubeginn“ (515), so *Ruth May* in ihren einleitenden Worten. Gemeinsam mit *Frigga Haug* sammelte sie theoretische Denkanstöße und praktische Appelle zahlreicher engagierter Feministinnen, die die grundlegende Erkenntnis teilen, dass die beiden Herrschaftsverhältnisse Kapitalismus und Patriarchat als miteinander verstränkte Formen von Ausbeutung und Unterdrückung verstanden werden müssen. Die insgesamt 27 Beiträge des Schwerpunkts gliedern sich in fünf Abschnitte: Den theoretisch elaborierten Teilen „Dimensionen“, „Intersektionalitäts-Debatte“ und „Gewalt gegen Frauen“ folgen „Länderberichte“ zu gegenwärtigen Kämpfen von Frauen in Indien, Spanien und Griechenland sowie ein hoffnungsvoller Ausblick von *Raewyn Connell* zu „Feministische Theorie im Weltmaßstab“.

Einführend fordert *Katja Kipping* im Abdruck der Eröffnungsrede zum Kongress dazu auf, Begriffe in aller Verdichtung zu besetzen, und outet sich als „feministische Marxistin im Werden“ (504). Prägnanter ist Haugs Beitrag: Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse zu begreifen, bedeute auch, dass alle Praxen in der kapitalistischen Gesellschaft durch Geschlechterverhältnisse herrschaftlich kodiert seien. Der Kapitalismus habe als Zivilisationsmodell das Auseinanderdriften der Bereiche von Lebensproduktion und Lebensmittelproduktion zugespitzt und die Produktion von Leben den Kapitalgesetzen unterworfen. Gemäß dieser „Zwieschlächtigkeit der gesellschaftlichen Produktion“ (517) verlange die kapitalistische Produktionsweise zwei Zeitlogiken, was ein „Kämpfen um Zeit“ (521) zur Aufgabe eines gegenhegemonialen Projekts mache – ein solches bewirbt Haug als „radikale Demokratie“ (526). Die von ihr entwickelte „Vier-in-einem-Perspektive“ liefere den wegweisenden Kompass für ein solches Projekt sozialer Transformation. Anschließend verknüpft *Shahrazad Mojab* ihr theoretisches Plädoyer für die Schaffung eines revolutionären feministischen Bewusstseins mit einer Analyse der Kämpfe von Frauen in Rojava, während *Saskia Sassen* eine „strategische Vergeschlechtlichung“ (540) für

die Erklärung ökonomischer Prozesse vorschlägt: Sie theoretisiert die ausgebeutete und unterbewertete Frau als Trägerin bestimmter Fähigkeiten, die sich erst auf systemischer Ebene materialisieren. So weist sie etwa auf die konstitutive Rolle von Frauen (insbesondere des Globalen Südens) für die Reproduktion von Haushalten, Ökonomien und Regierungen aber auch für die Herausbildung alternativer Ökonomien und Überlebenskreisläufe hin. Die Verschiebung der Analyseperspektive vom Individuellen zum Systemischen erlaube es, vermeintliche weibliche Machtlosigkeit als komplexes Vermögen zu fassen, worin Sassen nicht zuletzt die Möglichkeit einer politischen Strategie sieht. Auch *Terri Seddons* Beitrag zu „Lernen, Politik und Globalisierung“, der nach der Bedeutung von Bildung vor dem Hintergrund einer zunehmenden Digitalisierung der Wissensökonomie fragt, sticht im ersten Abschnitt hervor. Im Rückgriff auf Marx' Feuerbachthesen erschließt Seddon den Begriff des Lernens für materialistische Lesarten, d.h. Lernen „mit Arbeit und dem Machen von Geschichte“ (567) zu verbinden und zu einer revolutionären Praxis der Aneignung werden zu lassen. Dafür setzt sie Bildung in Relation zu Positionierung, Entfremdung und Kritik und zeichnet mit Marx die „Macht der Kritik“ nach, welche es vermag, einen Stachel in die „aufgeblasenen Metanarrative, die das alltägliche Leben naturalisieren“ (570), zu treiben.

Im Abschnitt zur Intersektionalitäts-Debatte werden postkoloniale und materialistische Ausgangspunkte kombiniert, um feministische Streitfragen über Identität und die Bedeutung verschiedener Unterdrückungskategorien sowie das Verhältnis von Partikularismus und Universalismus zu beleuchten. *Nira Yuval-Davis* plädiert in ihrem geistreichen Beitrag für einen „transversalen Dialog“ (583). Dieser könne die epistemologische Differenziertheit „situativer Intersektionalität“ (ebd.) aufnehmen, d.h. zwischen sozialen Standorten, Identifikationen und normativen Werten unterscheiden, und doch den Anspruch behalten, durch eine gemeinsame Epistemologie normativer emanzipatorischer Werte eine konkrete Veränderung der Machtverhältnisse zu erzielen. Eine solche transversale und gemeinsame Epistemologie bestimmter Praxen sei selbstreflexiv bezüglich der eigenen Positionierung, versuche jedoch gleichzeitig, die situierten Blicke der anderen zu verstehen und könne sich zur Grundlage politischer Solidarität entwickeln. Dementgegen fordert *Martha E. Gimenez* ein bekennendes „Zurück zur Klasse!“ (603) und ein verstärktes Zusammendenken von Frauenunterdrückung mit deren Klassenlage. Sie beklagt, dass Identitäten zu entpolitisierten Analysekatgeorien verkommen, wenn sie als individuelle Eigenschaften behandelt werden. Die Frage, wie der Kapitalismus Identitätsunterschiede produziert und reproduziert, um die Arbeiter_innenklasse auszubeuten und zu spalten, und wie er dabei Unterschiede verstärkt und naturalisiert, müsse in den Mittelpunkt einer intersektionalen Analyse rücken. Einen „Pluralitätsbegriff entwickeln, der sich nicht als Krise der Handlungsfähigkeit ausbuchstabiert“ (611), will indes *Birge Krondorfer* für den Marxismus-Feminismus und fordert ein differenzierendes feministisches Urteilsvermögen, das auf Andere reflektiert anstelle einer identitätspolitischen Tabuisierung des „Wir-sagens“ (610).

Auch wenn einige Schlussfolgerungen der Thematik vertrauten Leser_innen bereits bekannt sein dürften, verschafft die Vielfalt der Themen und Perspektiven des Bandes einen differenzierten Überblick über den gegenwärtigen Stand der Debatte. Ein inhaltlicher Bogen, der ein übergreifendes analytisches Fazit ermöglichen und insofern auch zukunftsweisend für marxistisch-feministische Theorie fungieren könnte, lässt sich dennoch nicht ausmachen. Zudem mangelt es dem Projekt einer weitsichtigen feministischen Rekonstruktion des Marxismus an formkritischen Perspektiven auf die Politische Ökonomie, welche die Haug'sche Idee forcieren könnten, durch die Einbeziehung feministischer Standpunkte „mehr Dialektik in den Marxismus“ (520) zu bringen. Insgesamt ist der Band ein gelungener Versuch, die marxistisch-feministische Debatte am Leben zu halten. Doch nicht zuletzt aufgrund der teils fehlenden Vermittlung zwischen den einzelnen Beiträgen lässt der eingangs versprochene „Neubeginn“ des Marxismus-Feminismus weiterhin auf sich warten.

Frigga Haug, Ruth May (Hg.), 2015: *Das Argument* 314. Wege des Marxismus-Feminismus. 57. Jahrgang (4/5). Hamburg: Argument Verlag. 323 S., ISBN 978-3-86754-050-6.

Susanne Völker, Michèle Amacker (Hg.)

Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik

ANNE WALDSCHMIDT

Leben wir aktuell in einer Prekarisierungsgesellschaft? Sind die gegenwärtigen Arbeits- und Lebensverhältnisse so unsicher geworden, dass sich nicht nur das postfordistische Regime der männlich geprägten Erwerbsarbeit, sondern auch die persönlichen Lebensführungen, sozialen Beziehungen und Selbstverhältnisse in fortwährenden Krisen befinden? Diesen Fragen geht ein von *Susanne Völker* und *Michèle Amacker* herausgegebener Sammelband nach. Entstanden auf der Basis einer Tagung an der Universität zu Köln zum Thema „Feministische Kritik in Zeiten der Prekarisierung“ (2011) und angereichert durch weitere Beiträge liefert das Buch mit einer Einleitung, 13 Aufsätzen und einer Zusammenfassung vielseitige Einblicke in das Prekarisierungskonzept, dessen Diskussionsstränge und empirischen Erträge. Mit dem Sammelband wollen die Herausgeberinnen einen Debattenbeitrag zur feministischen Analyse aktueller gesellschaftlicher Transformationsprozesse leisten sowie die analytische Reichweite wie auch empirische Produktivität des Prekarisierungskonzeptes ausloten.

In der Einleitung bieten die Herausgeberinnen – fokussiert auf die drei Felder Arbeit, Sorge und Politik – einen Zugang zu der Debatte um das „Prekäre“ als „ontosozialer

Dimension“ (7) und den Prozessen der „Prekarisierung“ (ebd.), die sie als charakteristische Dynamik sowie aktuellen Regierungsmodus neoliberaler Gesellschaften verstehen. Zeitdiagnostisch werden drei Krisenphänomene mit Prekarisierung verknüpft: die durch wachsende Instabilitäten und verdichtete Arbeitsverhältnisse verursachte „Krise der Selbstsorge“ (9), die „Krise der Reproduktion“ (ebd.) angesichts überlasteter privater Lebensverhältnisse und die verschärften „Sorgekonflikte“ (10), die durch Politiken der Vermarktlichung und Kommerzialisierung von Sorgetätigkeiten mit hervorgerufen werden und transnationale Auswirkungen (in der Form von care drains) haben. Außerdem wird die Frage nach den Möglichkeitsbedingungen von Kritik angeschnitten, die ein gerade auch feministisch inspiriertes, neues Verständnis des Politischen ermöglichen könnte.

Anschließend erfolgen in vier Themenbereichen die Einzelbeiträge, von denen in dieser Rezension nur eine Auswahl näher betrachtet werden kann. Im ersten Teil des Buchs zu „Prekarisierung der sozialen Reproduktion: Sorgeverhältnisse in der Krise“ beschäftigt sich *Isabell Lorey* aus politiktheoretischer Perspektive mit den gegenwärtigen neoliberalen Politiken und problematisiert deren Anrufungen des eigenverantwortlichen Selbst. Um neue Formen des Zusammenlebens zu ermöglichen, sei die Entwicklung von „Sorgegemeinschaften“ (37) notwendig. Ein weiterer Beitrag zu den Sorgeverhältnissen stammt von *Brigitte Aulenbacher, Maria Dammayr* und *Fabienne Décieux*. Am Beispiel der Altenpflege in Österreich und Deutschland arbeiten sie Kernaspekte neoliberaler Sorgeregime und deren Dynamiken heraus. Im Anschluss an Judith Butler plädieren sie für Sorgeverhältnisse, welche die Verletzbarkeit, Kontingenz und Unregierbarkeit von Leben berücksichtigen und Vorstellungen einer sorgsam Gesellschaft beinhalten. *Gabriele Winker* entwickelt eine neomarxistisch-feministische Konzeptionalisierung von Prekarität als inhärenten Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftens. Mit Hilfe einer Typisierung von Reproduktionsmodellen plädiert sie für die Notwendigkeit einer Care Revolution, um die Verwirklichung von Lebensbedürfnissen in den Mittelpunkt politischen Handelns zu stellen.

Im zweiten Teil finden sich unter dem Titel „Politiken prekärer Positionierungen: Interdependenzen und Anfechtungen“ Beiträge, die sich mit den Schnittstellen von Prekarisierung und Ausgrenzungsmechanismen auseinandersetzen. *Karin Scherschel* diskutiert Prekaritätsverhältnisse im Kontext von Migration, Flucht und Asyl. *Arne Müller* problematisiert die Exklusion behinderter Personen vom Arbeitsmarkt. *Alexandra Scheele* analysiert griechische, spanische und deutsche Beispiele „prekärer Proteste“ (128), die sich auf die Reformulierung des Politischen richten.

Im dritten Teil werden „Prekarisierte Leben: Praktiken sozialer Einbindung“ behandelt. Auf der Basis empirischer Studien zeigen *Kai Marquardsen* am Beispiel von Arbeitslosigkeit, *Jette Hausotter* und *Iris Nowak* anhand eines Vergleichs der Subjektkonstruktionen und Lebensführungen von Ingenieur_innen und Altenpflegekräften sowie *Alexandra Manske* und *Hendrik Brunsen* am Beispiel väterlicher Freiberuflichkeit als „Familienressource“ (182), dass Analysen der Prekarisierung

über das Feld der (Erwerbs-)Arbeit hinaus immer auch die weiteren Lebensbereiche ebenso wie die familiäre Reproduktionsarbeit in den Blick nehmen sollten.

Im vierten und letzten Teil „Prekär Werden: Gesellschaft, Gemeinschaft und das Politische“ wird der Frage nach dem Zusammenhang von Wissen und Politik in prekären, prekarierten und heterogenen Verhältnissen nachgegangen. Den Möglichkeitsbedingungen kritischer Gesellschaftstheorie und der Notwendigkeit gesellschaftstheoretischer Wissensproduktion widmet sich *Hanna Meißner*; *Marianne Pieper* verknüpft aus der italienischen Philosophie stammende, operaistische Ansätze mit Aspekten des französischen Poststrukturalismus, um Prekarität als umkämpftes und damit potenziell auch kreatives Konfliktfeld zu denken; *Stephan Trinkaus* thematisiert aus kultursoziologischer Sicht filmische Anordnungen, um die Situation „prekärer Gemeinschaft“ (237) heraus zu präparieren. Als Herausgeberin greift schließlich im letzten Beitrag Völker die im Sammelband entwickelten Facetten zusammenfassend auf, um Konzepte wie „Enteignung“, „Mit-Sein“ und „Affekt“ (254) in die Diskussion über Prekarisierungen einzubringen.

Alles in allem steht mit *Prekarisierungen* ein äußerst vielseitiger und ertragreicher Sammelband bereit, um Arbeit, Sorge und Politik auf der Basis des Prekarisierungskonzepts neu zu entdecken und zu denken. Zwar verwirrt beim Lesen zuweilen die Breite der Themen und verwendeten Konzepte, und man hätte sich mehr explizite Bezugnahmen der einzelnen Aufsätze untereinander sowie eine stärkere Fokussierung auf eine gemeinsame Fragestellung gewünscht. Allemal positiv hervorzuheben ist die konsequente Bezugnahme auf feministische Debatten und Theorieansätze. Insgesamt ist dem Buch eine Vielzahl von Leserinnen und Lesern zu wünschen.

Susanne Völker, Michèle Amacker (Hg.), 2015: *Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa. 272 S., ISBN 978-3-7799-3045-7.

Sarah K. Hackfort

Klimawandel und Geschlecht. Zur politischen Ökologie der Anpassung in Mexiko

PATRICIA GRAF

Klimawandel und Geschlecht stellt eine umfassende Studie zur Verknüpfung der Dimension Geschlecht mit dem Konzept des Klimawandels in Lateinamerika dar. *Sarah K. Hackfort* verbindet dabei eine dichte empirische Analyse mit einer Erweiterung bisheriger Ansätze zum Klimawandel. Dazu greift sie auf postkoloniale und ökofeministische Ansätze zurück und entwirft somit erstmals einen umfassenden

Rahmen zur Analyse des Klimawandels im globalen Süden aus feministischer Perspektive.

Das Buch ist in acht Kapitel gegliedert. In den ersten beiden widmet sich die Autorin dem Problemaufriss und zeigt, dass der Klimawandel bisher hauptsächlich als sozial-ökologische Krise konzeptualisiert wird, ohne Macht- und Herrschaftsprozesse umfassend zu berücksichtigen. Hackfort plädiert hingegen dafür, den Klimawandel „als Resultat komplexer Dynamiken und Verflechtungen von Klimawandelfolgen, Globalisierungsprozessen und ökonomischen Strukturanpassungen sowie staatlichen und institutionellen Reformen“ zu betrachten (18). Damit rücken (Geschlechter-) Ungleichheiten, Verteilungskonflikte, z.B. um Wasser oder Nahrungsmittel, sowie AkteurInnenkonstellationen in den Blick. Hegemonialen Deutungen und Problemdefinitionen von Klimawandel, z.B. die Fixierung auf Indizes und Daten, können somit alternative Deutungen von Klimaverwundbarkeit, z.B. die Verwundbarkeit durch Verarmung, entgegengesetzt werden.

Nachdem das Forschungsprogramm, also die Entwicklung alternativer Deutungen des Klimawandels, vorgestellt ist, entwickelt Hackfort einen umfassenden theoretischen Rahmen (Kapitel 3), mit dem sie „die dominanten naturwissenschaftlichen und biophysikalischen Deutungen des Klimawandels“ (49) kritisch hinterfragen und zu einer geschlechtersensiblen Analyse hinführen will. Dazu setzt sie Ansätzen der Viktimisierung von Frauen intersektionale und postkoloniale Theorien entgegen. Die Brücke zu naturwissenschaftlichen Konzeptualisierungen des Klimawandels findet Hackfort in Ansätzen der Feminist Political Ecology. Dieser gelinge es, das Konzept der Intersektionalität mit der ökologischen Materialität des Klimawandels zu verbinden.

Auch methodisch (Kapitel 4) will Hackfort den Anspruch einlösen, über eine Viktimisierung der in ihrer Untersuchungsregion im Süden Mexikos, Chiapas, lebenden Frauen hinauszugehen. Dazu entwickelt sie ein anspruchsvolles methodisches Programm, das ihr gestatten soll, ihre InterviewpartnerInnen nicht nur als „InformationslieferantInnen“ (77), sondern auch als TheorieproduzentInnen zu verstehen, um so im Dialog mit ihnen das Forschungsvorhaben weiterzuentwickeln.

Den Kern des Buches (Kapitel 5 und 6) bildet die Fallstudie zur Gemeinde Motozintla de Mendoza in Chiapas. Dabei handelt es sich um eine agrarisch geprägte Region, die aufgrund ihrer Lage Wirbelstürmen, Hitzewellen, Überschwemmungen und Erdbeben ausgesetzt ist. Mit Hilfe ihres Analyserasters deckt Hackfort auf, dass den BewohnerInnen der Gemeinde sehr unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um sich an diese Klimaphänomene anzupassen. Am Beispiel der Landrechte zeigt die Autorin, dass die neoliberalen Strukturanpassungsreformen in Mexiko seit Mitte der 1980er-Jahre die patrimonialen Strukturen der Landrechte noch verschärften. Klasse, Ethnisierung und Geschlecht wirken hier zusammen, denn es sind vor allem indigene, ungebildete Frauen, die, da ihnen die Landrechte verwehrt sind, auch keinen Zugang zu Entscheidungsprozessen über Land haben. Diese Prozesse sind aber zentral, da hier darüber entschieden wird, wie das Land

klimafest gemacht wird. Wie stark verwurzelt diese Ungleichheitsverhältnisse auch in den alltäglichen Geschlechterrollen sind, zeigen die Selbstbeschreibungen der Interviewpartnerinnen. In durchaus abwertender Haltung stellen viele sich als ungebildete, körperlich schwache Hausfrauen dar, die ängstlich den Hurrikan abwarten. Damit spiegeln sie die vergeschlechtlichte Akteurskonzeption wider, die etwa Katastrophenschutzprogrammen zugrunde liegt („Männer retten, Frauen bereiten Essen zu“). In ihren Selbstbeschreibungen verbinden die Frauen ihre Angst aber auch mit daraus entwickelten Schutzstrategien – etwa das Anpflanzen bestimmter Hölzer als Schutzwälle –, die gerade auf dem Wissen der Indigenen aufbauen. Die Programme des Klima- und Katastrophenschutzes greifen dieses Wissen jedoch nur unzureichend auf und basieren stattdessen auf rein naturwissenschaftlichen Messungen. Die Anpassung an das sich wandelnde Klima wird so als Energie- oder Umwelt-, nicht aber als Armuts- oder Gewaltproblem begriffen.

In Kapitel 7 und 8 werden die Ergebnisse zusammengefasst und auf den Ausgangspunkt, die Kritik an dominanten, die sozialen Faktoren des Klimawandels ausklammernden, Theorien rückbezogen. Hackfort hebt dabei hervor, dass „die Politiken der anpassungspolitischen Wissensproduktion und des staatlichen Katastrophenmanagements zum Umgang mit Extremereignissen geschlechts-, klassen- und körperbezogene Ungleichheiten“ verstärken (224).

Die Studie von Hackfort bietet nicht nur eine intersektionale Analyse der Verschränkung von Klimaphänomenen mit sozialen und ökonomischen Krisen. Vielmehr zeigt sie überzeugend auf, wie die Forderung, naturwissenschaftliche Klimawandelkonzepte gesellschaftstheoretisch einzubetten, in einer empirischen Studie umgesetzt werden kann. Das dazu entwickelte, sich zum Teil wiederholende, theoretische Programm ist umfangreich und hätte an manchen Stellen zugespitzt werden können. Nicht zuletzt wäre dadurch der Beitrag der mexikanischen AutorInnen zur Debatte, der in der Studie durchaus aufgegriffen wird, stärker in den Vordergrund gerückt. Insgesamt ist es auf alle Fälle ein Band, der Lust auf weitere Forschung in diesem Feld macht.

Sarah K. Hackfort, 2015: Klimawandel und Geschlecht. Zur politischen Ökologie der Anpassung in Mexiko. Baden-Baden: Nomos. 282 S., ISBN 978-3-8487-2102-3.

Brigitte Bargetz, Andrea Fleschenberg, Ina Kerner, Regina Kreide, Gundula Ludwig (Hg.)

Kritik und Widerstand. Feministische Praktiken in androzentrismen Zeiten

STEFAN SCHOPPENGERD

„Ziel des Bandes ist“, so schreiben die Herausgeberinnen *Brigitte Bargetz, Andrea Fleschenberg, Ina Kerner, Regina Kreide* und *Gundula Ludwig* in der gemeinsamen Einleitung, „eine Rückbesinnung der Geschlechterpolitologie auf ihre Aufgaben als kritische Wissenschaft anzuregen, die ihr spezifisches Potential in Auseinandersetzung und im Dialog mit feministischen Praxen gewinnt“ (17). Dies soll auch zu einer Politikwissenschaft beitragen, die „sich ihrer Genealogie in aktivistischen Kämpfen bewusst bleibt“ (ebd.). Dieser Anspruch wird höchst unterschiedlich umgesetzt. Manche Autorinnen konzentrieren sich auf Selbstreflexionen feministischer Politikwissenschaft mit ihren wechselnden Bezügen zu anderen Kritiktraditionen; andere nehmen sich direkt des Verhältnisses akademischer und außeruniversitärer Praxis an; wieder andere nutzen die Mittel kritischer Wissenschaft für die Betrachtung von Kämpfen und widerständigem Handeln.

Maria Dätwyler und *Fleur Weibel* skizzieren eine „kritisch-feministische Haltung“, in der das Sprechen und Schreiben im Namen des Feminismus sowie der praktische Widerstand eins sind. Unter Rückgriff auf Überlegungen von Michel Foucault zur Person des Kritikers und auf die poststrukturalistische Naturwissenschaftsmetaphorik von Karen Barad (in diesem Fall: Diffraktion, ein Konzept aus der physikalischen Betrachtung von Wellen) geht es darum, sich in Verhältnissen zu verorten, die als paradoxe bestimmt werden. Ein solcher Zugriff ist nicht dafür gemacht, Ergebnisse zu fixieren. Mit einer Ausnahme: Der Text schließt mit der auf den Wissenschaftsbetrieb gemünzten Feststellung, „dass das Entstehen insbesondere für feministische Kritik unauflösbar mit dem Risiko verbunden ist, sich selbst unbeliebt zu machen“ (201).

Diese Sorge dürften die meisten Akteurinnen, die in *Christiane Leidingers* Text zu den Frauenwiderstandscamps im Hunsrück zwischen 1983 bis 1993 auftauchen, nicht gehabt haben. Wie Leidinger zeigt, waren diese antimilitaristischen Zeltlager durch ein produktives Nebeneinander von Aktionsformen geprägt – einschließlich der Praxis jener Gruppen, die ihre Missbilligung von Kriegsvorbereitungen im ‚Macht kaputt, was Euch kaputt macht‘-Gestus zum Ausdruck brachten. Die Schilderung der Camps selbst und die Verknüpfung mit weiteren Formen und Aktionen feministischer Bewegung in den 1980er-Jahren machen Leidingers Text zu einer lebendigen Darstellung von Bewegungsaspekten, die so nicht unbedingt zum Kanon der Geschichtsschreibung des Feminismus in Deutschland gehören. Ist es eigentlich

schon Teil der Anpassung ans akademische Feld, wenn das Höchstmaß an Militanz, dessen man in entsprechenden Proseminaren gewahr wird, ein Tomatenwurf ist? Wo es in dem Buch um gegenwärtigen Aktivismus geht, merkt man ihm schnell an, dass die zugrundeliegende Tagung schon eine Weile zurückliegt. Zwei Beiträge – von *Magda Albrecht* und von *Katharina Volk* – machen die Slutwalks zum Thema, die sich in den Jahren 2011 und 2012 in vielen Ländern mit erheblicher medialer Resonanz gegen Vergewaltigungsmythen wandten. Ob der versuchten widerständigen Aneignung des Wortes „Schlampe“ und der Form der öffentlichen Selbstinszenierung waren sie aber auch scharfer Kritik innerhalb der Szene ausgesetzt, wurden schließlich nicht fortgesetzt und sind inzwischen kein wichtiger Bezugspunkt in aktivistischen Debatten mehr. Albrecht rekonstruiert diese Kontroversen; Volk kontrastiert diese Form des queerfeministischen Aktivismus mit der Forderung nach einer Frauenquote als Mittel der Durchsetzung von Gerechtigkeit. Unter Rückgriff auf Nancy Frasers dreidimensionale Gerechtigkeitskonzeption skizziert sie eine Perspektive der Radikalisierung durch Zusammenführung von Kämpfen. Beide Buchbeiträge bieten unabhängig von der Aktualitätsfrage Stoff für Überlegungen zum Verhältnis theoretischer Beschreibungen komplexer Herrschaftsverhältnisse und strategisch erforderlichen Zuspitzungen in der politischen Auseinandersetzung. Nancy Frasers Ausdifferenzierung von Gerechtigkeit in die Dimensionen Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation bildet auch einen wesentlichen Bezugspunkt des Beitrags von *María Pia Lara*. Fraser macht als ein zentrales Problem gegenwärtiger feministischer Bewegungen die Dominanz von Anerkennungsfragen, mithin eine einseitige Konzentration auf kulturelle Problemstellungen aus. Lara folgt ihr darin im Prinzip, will diese Zeitdiagnose aber präzisieren, um nicht die Relevanz kultureller Probleme in Zweifel zu ziehen, die ihr besonders wichtig sind: das Symbolische, die Semantik des Widerstands, das kollektive Imaginäre. Sie beschreibt den strategischen Irrtum feministischer Debatten daher als „epistemische Verwirrung“ bzw. als unzulässige Vermengung epistemischer und politischer Fragen, die schließlich den Verlust gemeinsamer Handlungsfähigkeit bedingt habe: „Im Endeffekt sprachen die Frauen nicht mehr über Gerechtigkeit, sondern beschäftigten sich mit der Frage, wessen Stimme spezifischer und genuin politischer wäre als die von irgendjemand anderem. Das bizarre Resultat dieser Entwicklungen bildeten Theorien, die jede Möglichkeit verwarfen, überhaupt eine Stimme zu haben.“ (163)

Dem Themenkreis „Feministische Wissensproduktion als Gesellschaftskritik“ haben die Herausgeberinnen drei Texte zugeordnet: *Birgit Sauer* schlägt vor, die an Marx einerseits und an Foucault andererseits orientierten Traditionslinien von Kritik in einer feministischen Konzeption von „Anti-Politik und Anti-Politikwissenschaft“ (36) zu synthetisieren. *Tina Jung* rekonstruiert die prekäre Position akademisch-feministischer Kritik als Problem des fortdauernd neu zu bestimmendem Umgangs mit der Auffassung feministischer Kritik als besonderer, die einem übergreifenden Allgemeinen nachgeordnet ist. *Stefanie Mayer* nimmt aktivistische Debatten in Wien zum Anlass, die postkoloniale Kritik am *White Feminism* nachzuzeichnen.

Ein Beitrag, der sich genauer mit außereuropäischen Verhältnissen befasst, kommt von *Birgit Hoinle* und *Meike Werner*. Sie gehen der Frage nach, inwiefern sich sexualisierte Gewalt gegen Frauen in Kolumbien als ein Kontinuum darstellt, das vom Privatraum in den kriegesischen Konflikt verlängert wird, wo sie vor allem, aber nicht ausschließlich von rechten Paramilitärs als Kampfmittel eingesetzt wird. Skeptisch äußern sie sich zu den laufenden Friedensverhandlungen zwischen Guerilla und Staat; eine „geschlechtersensible Konflikttransformation“ (143) habe auf deren Agenda bislang keinen Platz.

Uta Schirmer schließlich befasst sich anhand ihrer Interviews mit Drag Kings mit Subjektivierungsweisen von Transpersonen; dabei geht es nicht zuletzt um Auseinandersetzungen mit Rechtsetzung und pathologisierenden medizinischen Diskursen sowie um mögliche Formen des Widerstands.

Würde eine Tagung wie die im Band dokumentierte heute erneut stattfinden, vielleicht würden die erneuerte Care-Diskussion und damit Kämpfe wider die herrschende Teilung, Nutzung und Ausbeutung von Arbeit größeren Raum einnehmen. So oder so: Der Band bietet sowohl anregende Beispiele für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit feministischen Widerstandspraktiken wie herausfordernde Interventionen in die Diskussion um das Selbstverständnis feministischer Wissenschaft als einer kritischen Wissenschaft, die nicht nur Beschreibungs-, sondern auch Veränderungsambitionen hat.

Brigitte Bargetz, Andrea Fleschenberg, Ina Kerner, Regina Kreide, Gundula Ludwig (Hg.), 2015: *Kritik und Widerstand. Feministische Praktiken in androzentrismen Zeiten*. Opladen: Barbara Budrich. 205 S., ISBN 978-3847400653.